

Standpunkte der Jungen Grünen Thurgau



Energie & Klima

Wir fordern in der Schweiz einen raschen und kompromisslosen Umstieg zu erneuerbaren Energieträgern. Dieser Prozess soll durch Lenkungsabgaben und Subventionen beschleunigt werden. Damit wird das Klima geschont, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert und zusätzliche Atomkraftwerke werden überflüssig. Weil die Energie lokal erzeugt wird, bleibt die Wertschöpfung vermehrt im Inland. Dies kann für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz nur von Vorteil sein.



Mobilität

Wir setzen uns ein für ein nachhaltiges Verkehrssystem und ein angepasstes Mobilitätsbewusstsein. Unserer Gesellschaft muss ein verantwortungsvoller Umgang mit der Mobilität näher gebracht werden.

Wir fordern: «Mehr Zug, Bus, Velo und Muskelkraft und weniger Auto zugunsten unserer Umwelt, unserer Gesundheit und den kommenden Generationen.»



Jugend & Bildung

Wir möchten, dass der Kanton Thurgau die Bildung als unsere wichtigste Ressource anerkennt. Deshalb fordern wir, dass die Bildungsausgaben nicht weiter gekürzt werden. So soll der Thurgau eine Vorreiterrolle im Bereich Bildung einnehmen. Wir unterstützen das kommunale und kantonale Stimmrechtsalter 16, sehen es jedoch nur als eine Übergangslösung zu einer familienfreundlicheren Politik.

Die Jugendgewalt ist ein Problem und verlangt nach effizienten Massnahmen.



Wirtschaft

Wir möchten, dass sich die Politik durch verschiedene Anreize dafür einsetzt, dass die Wirtschaft nachhaltig mit Umwelt, Menschen und Kapital umgeht. Es soll sich lohnen, langfristig zu planen. Gewinnoptimierung auf Kosten aller anderen Anspruchsgruppen empfinden wir als unethisch.



Landwirtschaft

Wir setzen uns für eine Landwirtschaft ein, die gentechfrei und artgerecht ist. Sie soll die Artenvielfalt fördern und einen wichtigen Beitrag für die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung beitragen, da sie möglichst wenig Pestizide einsetzt und der Bevölkerung zu saisonalen und regionalen Nahrungsmitteln verhilft. Die Bauern sollen für ihren Mehraufwand durch Direktzahlungen entschädigt werden.



Familie

Kinder müssen in einem funktionierenden Umfeld aufwachsen können. Die Teilzeitarbeit soll gefördert werden, damit die Eltern ihre Arbeitszeit flexibler gestalten und so die Kinderbetreuung besser organisieren können. Das Angebot an Krippenplätzen ist durch den Staat (kurzfristig) wie durch die Wirtschaft (langfristig) auszubauen. Wir fordern zudem eine höhere Wertschätzung der Kinderbetreuung zu Hause.



Chancengleichheit

In der Schweiz herrscht in mehreren Bereichen keine Chancengleichheit zwischen Frau und Mann, AusländerInnen und SchweizerInnen, Homo- und Heterosexuellen und Menschen mit und ohne Behinderung. Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ohne Diskriminierung und dafür setzen wir uns ein.



Integration

Wir sind überzeugt, dass das Zusammenleben von verschiedenen Kulturen eine Bereicherung ist. Es kann aber auch zu Spannungen und Konflikten kommen. Um dem entgegen zu wirken und eine gute Basis herstellen zu können, fordern wir einen Gesellschaftsvertrag, anonyme Bewerbungen, kantonales Stimm- und Wahlrecht, eine Plattform für den Austausch, gerechte Einbürgerungen und einen obligatorischen Sprachkurs.



Gesundheitswesen

Wir setzen uns für eine gute Prävention ein, da dies die Basis des Gesundheitswesens darstellt. Zudem fordern wir eine Prämienverbilligung für Familien und die vermehrte Aufnahme von alternativen Heilmethoden in die Grundversicherung.



Internationales

In Bezug auf Europa erachten wir den bilateralen Weg als sinnvoll und begrüßen die Bilateralen II als auch die Erweiterung der Bilateralen I auf die neuen EU-Staaten. Grundsätzlich ist der Weg über weitere bilaterale Abkommen wünschenswert, im Einzelfall aber jeweils neu zu beurteilen.

Einen Beitritt zur EU lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Internationale Zusammenarbeit in globalen Organisationen wie der UNO erachten wir als sinnvoll und notwendig.



Armee

Die Armee ist in ihrer aktuellen Form nicht auf die Bedrohungslage dieser Zeit ausgerichtet. Die Wehrpflicht stellen wir in Frage und fordern ein Umdenken in der Sicherheitspolitik unseres Landes. Die Hauptgründe für eine Abschaffung der Armee sind einerseits die horrenden Kosten von jährlich mehreren Milliarden Franken, welche weitaus sinnvoller investiert werden könnten und andererseits die massive Umweltverschmutzung durch einen veralteten Fahrzeugpark.